

## Arbeitsmarkt im Fokus 01/2021

Nele Keth, Freya Köster, Christian Kolbe

# Corona und Frauen in Minijobs – vulnerabel wie alle und doch besonders betroffen

Abstract: Minijobs wurden mit ihrer Einführung nicht selten euphemistisch als "Sprungbrett" in die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung bezeichnet, als Möglichkeit, in den ersten Arbeitsmarkt integriert zu werden – vor allem für Frauen. Diesen empirisch wenig belegten "Mythos" (verdi 2017) von systematischen 'Klebeeffekten' (vgl. u.a. Böhmer, Peichl 2020) unter den Bedingungen der Pandemie kritisch zu beleuchten, soll Gegenstand der ersten Ausgabe der neuen Berichtsreihe "Arbeitsmarkt im Fokus" der LAG Arbeit in Hessen sein. "Corona", so aktuelle Befunde, zeigt sich als eine Situation, die Ungleichheitsstrukturen verstärkt, in der sich Prekarität für ausgewählte gesellschaftliche Gruppen in besonderer Weise manifestiert. Die im Mittelpunkt des Berichts stehenden Studien, in denen Aspekte des oben genannten Themas mit beleuchtet werden, liefern ein aussagekräftiges Bild davon, wie sich im Zuge der Pandemie strukturelle Ausschlüsse für Frauen in geringfügiger Beschäftigung verfestigen.

Inzwischen dominiert in den Sozialwissenschaften die Einschätzung Bourdieus (1998): Die Zeiten seien unsicher, von Risiken und möglicher Prekarität betroffen seien "wir alle" – irgendwie. Aber lässt sich das nicht doch spezifizieren? Ja, kurz könnte man die Überschrift aufnehmend sagen: "Vulnerabilität [betrifft] einerseits alle [...], andererseits aber keineswegs alle gleichermaßen" (Lessenich 2020: 460).

Knapp sechzig Prozent der im Juni 2020 deutschlandweit etwa 5,9 Millionen Minijobber\*innen waren Frauen (3,5 Millionen). Im Juni 2020 – also inmitten der Corona Pandemie – ist laut Minijobzentrale im Vergleich zum Vorquartal deutschlandweit dabei ein Rückgang von insgesamt 7,5 Prozent (vorher 6,4 Millionen insgesamt) der Minijobber\*innen zu verzeichnen. 500.000 Menschen verloren demnach binnen drei Monaten ihre Arbeit.

#### **Arbeitsmarkt im Fokus**

Dies ist die erste Ausgabe einer neuen Berichts-Reihe, die von der LAG Arbeit in Hessen e.V. in Zusammenarbeit mit dem Institut für Stadt- und Regionalentwicklung (ISR) des Fachbereichs Soziale Arbeit und Gesundheit an der Frankfurt University of Applied Sciences veröffentlicht wird. Autor\*innen:

Nele Keth - Projektmitarbeiterin im ISR Freya Köster – Projektmitarbeiterin im ISR Christian Kolbe – geschäftsführender Direktor des ISR

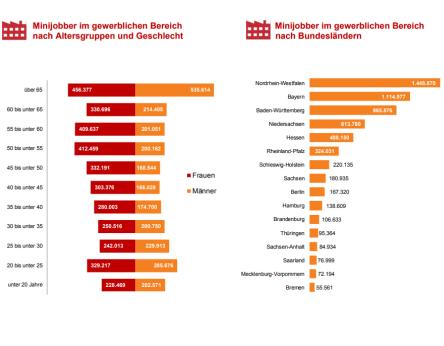
Dem Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut (WSI) zufolge zeichnet sich dadurch ein Trend zu verschärfter sozialer Ungleichheit ab, der zweierlei aufzeigt: "Der Abstand zwischen hohen und niedrigen Einkommen in Deutschland wird durch die Corona-Pandemie weiter



wachsen. Menschen mit schon vorher niedrigen Einkommen sind im bisherigen Verlauf der Krise fast doppelt so häufig von Einbußen betroffen wie Menschen mit hohen Einkommen. Damit verschärft sich ein Trend, der schon die wirtschaftlich starken 2010er-Jahre gekennzeichnet hat. [...] Je niedriger ihr Einkommen schon vor der Krise war, desto häufiger haben Befragte im Zuge der Pandemie an Einkommen eingebüßt. Zudem steigt mit abnehmendem Einkommen auch der relative Verlust. Wer weniger hatte, hat auch viel verloren" (Hans Böckler Stiftung 2020: 4f; vgl. auch Kohlrausch 2020).

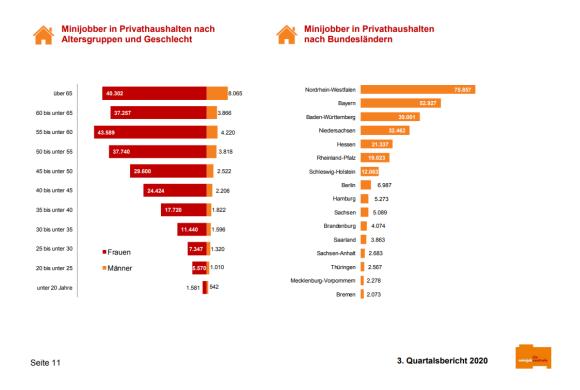
# Minijobs bilden selten eine Brücke in eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung

Die sozial- und familienpolitischen Anreize für eine Beschäftigung von Frauen in Minijobs sind vielfältig und mehrdeutig. So stellt die (teilweise) Abgabenfreiheit mithin einen zentralen Beweggrund wie gleichzeitig ein deutliches Prekarisierungsrisiko dar. Die Reproduktion bestehender Ungleichheitsverhältnisse ist darin strukturell angelegt. Durch das Ehegattensplitting ebenso wie die beitragsfreie Mitversicherung unter Eheleuten werden sozialpolitische Impulse für Frauen gesetzt, nicht in einem Job oberhalb der Minijobgrenze tätig zu sein (vgl. Walwei/IAB 2018). Der durchschnittliche Verdienst im gewerblichen Bereich lag laut Minijobzentrale im dritten Quartal 2020 bei 400-450 EURO monatlich und in Privathaushalten bei 150 EURO monatlich. In Hessen sind im gewerblichen Bereich rund 488.000 Minijobber\*innen tätig, in Privathaushalten etwas über 21.000. Besonders in Privathaushalten sind signifikant mehr Frauen in Minijobs beschäftigt als Männer.



minijob zentrals





Die Verheißung der aktivierenden Beschäftigungspolitik, Minijobs dienten als Brücke in die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung, lässt sich nicht bestätigen. Eher zeige sich häufig, dass die Integration in den Arbeitsmarkt gerade keine "eigenständige Existenzsicherung" (Notz 2020: 403f.) bedeutet, sondern dass atypische Beschäftigungsformen wie Minijobs starke Prekarisierungs- und Abhängigkeitsrisiken enthalten.

#### Minijobs führen zu Mini-Renten

Dazu passt, dass letztlich auch die Rente, die für Minijobber\*innen stark eingeschränkt ist, entsprechend zu "Mini-Ansprüchen" führt. Nur wenige Minijobber\*innen können darüber hinaus eigene Beiträge zur Rentenversicherung leisten. Im Vergleich zu Männern würden Frauen weniger häufig in eigene Alterssicherungsleistungen einzahlen (können), weshalb sie durchschnittlich nur 47 Prozent der Alterseinkommen der Männer erreichten (vgl. Koch 2020: 256). In der Folge läge das Einkommen durch die gesetzliche Rentenversicherung bei den zukünftigen Generationen unterhalb der Grundsicherung. Hinzu komme, dass von Arbeitgeber\*innenseite bei Minijobverhältnissen häufig arbeitsrechtliche Vereinbarungen nicht eingehalten würden. So würde vielfach kein Arbeitsvertrag abgeschlossen, Lohnfortzahlungen im Krankheitsfall oder auch bezahlter Urlaub blieben aus (vgl. DGB 2020). In Summe führen verschiedene intendierte und nicht intendierte Praktiken dazu, dass Minijobber\*innen erheblichen Prekarisierungsrisiken ausgesetzt sind. Die Regelungen atypischer Beschäftigung in Verbindung mit traditionell verankerten familiären/geschlechtsspezifischen Vorstellungen von Arbeitsteilung in der Sorgearbeit und den bestehenden Einkommensstrukturen in der Familie stellen Frauen besonders häufig ins arbeitsmarktpolitische Abseits (vgl. Böhmer, Peichl 2020).



Ein neuerlicher sozialpolitischer Vorstoß, diese Entwicklung für einen größeren Personenkreis zu erweitern, findet sich in dem aktuellen Bestreben der im September dieses Jahres diskutierten Anhebung der Minijobgrenze von 450 auf 600 EURO durch CDU und FDP. Laut Deutschem Gewerkschaftsbund (DGB) würden dadurch ca. 470.000 Menschen in aktuell regulären, gesicherten Arbeitsverhältnissen ungewollt zu Minijobber\*innen. Zudem würde durch eine solche Erhöhung die Barriere, in eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zu gelangen, weiter erhöht. Der genannte ungesicherte Arbeitsmarktsektor würde vergrößert, weitere ungesicherte Arbeitsplätze würden hinzukommen ... mit den damit einhergehenden Prekarisierungsfolgen. Bereits 2009 konstatierte Heike Mauer in einer Untersuchung zu prekärer Beschäftigung: "Prekäre Beschäftigungsformen sind in der Mitte der Arbeitswelt angekommen. Dies betrifft nicht allein ihre Verbreitung, sondern sie stellen auch eine Drohkulisse für Stammbelegschaften dar. Viele prekär Beschäftigte stehen unter hohem Leistungsdruck, um den Sprung ins NAV [Normalarbeitsverhältnis; Anm. d.A.] zu schaffen. So verursacht Prekarität sowohl Konkurrenzdruck und Vereinzelung als auch Anpassungs- und Integrationsdruck." (Mauer 2009: 11) Die Initiative zur Anhebung würde diesen Befund verschärfen.

### Es lässt sich Folgendes festhalten:

- Mehr als die Hälfte aller Minijobber\*innen sind Frauen. Vor allem im privathäuslichen –
  und durchschnittlich bei weitem schlechter vergüteten Bereich sind signifikant mehr
  Frauen in Minijobs tätig als Männer. Mit familienpolitischen und arbeitsmarktpolitischen
  Instrumenten, sowie traditionell ungleichen Einkommensverhältnissen zwischen den
  Geschlechtern geraten Frauen systematisch in eine marginalisierte Situation am
  Arbeitsmarkt.
- Minijobs erweisen sich als nicht geeignet, die Integration in den Arbeitsmarkt zu erleichtern, eine Brücke zur sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung zu sein.
   Stattdessen tragen sie sowohl in der Arbeitssituation selbst als auch in der Perspektive der Altersversorgung zu zunehmender Prekarisierung bei.
- Die vordergründig aufwertende Perspektive der Anhebung der Entgeltgrenze für Minijobs auf 600 EURO erweist sich als Teilhabe-Bumerang. Eine Ausweitung des Minijobsektors verstärkt prekäre Arbeitsverhältnisse insgesamt und reproduziert in dessen Folge Ungleichheitsverhältnisse (auch) zwischen den Geschlechtern.

#### Ein Blick in aktuelle Studien:

# Retraditionalisierung der Geschlechterverhältnisse und Verstärkung der sozialen Ungleichheit?

Die Corona-Pandemie hat die Situation von geringfügig beschäftigten Personen weiter zugespitzt. Verschiedene Gewerkschaften und Forschungsinstitute haben sich deshalb vorgenommen zu untersuchen, ob die Pandemie Frauen härter trifft als Männer. Die oben genannten Zahlen zu der überproportional häufigen Beschäftigungsform Minijob im Verhältnis



zur Erwerbsbeteiligung insgesamt machen deutlich: Minijobs sind (mindestens auch) ein Geschlechterthema.

Laut Angaben der Bundesagentur für Arbeit (2020) hat die Corona-Krise "zu einem deutlichen Rückgang der geringfügigen Beschäftigung geführt. Dieser fiel bei Frauen, die Arbeitsverhältnisse mit einem niedrigen Lohn überwiegend ausüben, deutlich stärker aus." Die genannten Beschäftigungsformen sind weniger krisenresistent als abgesicherte Arbeitsverhältnisse und können soziale und finanzielle Unsicherheiten festigen. Dies wird und wurde in diesem Jahr durch die Maßnahmen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie deutlicher denn je. Die Zahlen der Minijobber\*innen sind 2020 im Vergleich zum Vorjahr um zwölf Prozent eingebrochen. Sozialversicherungspflichtige Beschäftigungen sind hingegen lediglich um 0,2 Prozent gesunken. Im Gaststätten- und Veranstaltungsgewerbe sind sogar fast die Hälfte der im Jahr 2019 beschäftigten Minijobber\*innen im Frühjahr 2020 keiner Lohnarbeit mehr nachgegangen (vgl. Grabka u.a. 2020). Neben diesem, u.a. durch die unsichere Vertragssituation bedingten, erhöhten Entlassungsrisiko sind es vor allem die nicht greifenden Sicherungssysteme wie Kurzarbeiter\*innengeld und Arbeitslosengeld, die deutlich darauf aufmerksam machen: "Minijobs sind nicht krisenfest" (verdi 2020).

### **Einkommensschwache Familien geraten unter Druck**

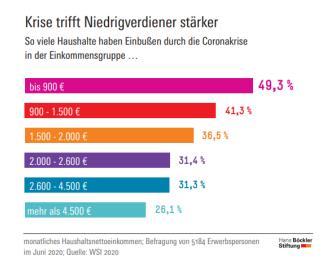
Während die Studien demnach Entsicherungen angesichts der coronabedingten Rezession konstatieren, sind hier vor allem die unterschiedlichen Befunde zu der mit der Pandemie einhergehenden Frage nach einer Retraditionalisierung der Geschlechterverhältnisse zu beachten. Im Folgenden werden die Ergebnisse einer Studie der Hans-Böckler-Stiftung (HBS) von Kohlrausch und Zucco (2020) für die Analyse herangezogen. Ein Vergleich zu Forschungsergebnissen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) aus der Online-Befragung "Leben und Erwerbstätigkeit in Zeiten von Corona" (Globisch/Osiander 2020) ermöglicht zusätzliche Perspektiven auf die Thematik. Die Studien greifen das Thema über die Perspektive auf Minijobs hinaus auf und diskutieren allgemein Effekte der Pandemie auf Erwerbs- und Reproduktions- und Sorgearbeit.

Insgesamt zeigen die Ergebnisse, dass die Corona-Pandemie Familien mit Kindern unter 14 Jahren in besonderem Maße belastet hat. Dies sei insbesondere durch den Wegfall der institutionalisierten Kinderbetreuung und durch die Einkommensunsicherheit bedingt. Die Frage nach einer forcierten Retraditionalisierung von Familien- und Geschlechterverhältnissen konnte durch die Studie nur bis zu einem gewissen Grad aufgezeigt werden: Stärker als der Unterschied zwischen Männern und Frauen sei der Unterschied zwischen einkommensstarkenund schwachen Familien.

Besonders hier gilt es einerseits die Ausgangssituationen der Befragten in den Blick zu nehmen und andererseits die damit verbundenen Korrelationen zu analysieren, um so die Ergebnisse im Licht bestehender gesellschaftlicher Verhältnisse zu bewerten. Zeigen sich vordergründig mehrdeutige Befunde zum Thema geschlechtsspezifische Arbeitsteilung in den Studien, so lässt sich in Verbindung mit den unterschiedlichen Ausgangsniveaus von Erwerbsbeteiligung, den bereits zuvor bestehenden Sorgeverpflichtungen in den Haushalten und den (nicht) bestehenden Möglichkeiten ins Homeoffice zu gehen und (besonders bei Männern aufgestocktes) Kurzarbeiter\*innengeld in Anspruch zu nehmen, durchaus festhalten, dass die bestehende Geschlechterordnung in der Regel reproduziert, im Fall von



einkommensschwachen Familien die Rollenverteilung zwischen Erwerbs- und Sorgearbeit nicht selten verstärkt wird. So werde z.B. bei einem Betreuungsausfall durch die Institutionen häufig auf altbekannte Verteilungsmuster bei der Kinderbetreuung zurückgegriffen.



Für Menschen mit geringem Einkommen hat sich die Pandemie in vielerlei Hinsicht als Ungleichheit verstärkend erwiesen. Sowohl hinsichtlich des Einkommens, als auch hinsichtlich der Familienmodelle. Viele Personen mit geringerem Einkommen arbeiten in systemrelevanten Berufen, in denen häufig kein Homeoffice möglich war/ist. Um die Kinderbetreuung zu gewährleisten, musste hier also die Arbeitszeit reduziert werden, was das ohnehin kleine Einkommen weiter verringerte. Bei einkommensstarken Familien änderte sich, laut Globisch und Osiander, hingegen am Einkommen kaum etwas und meist sei durch die Ermöglichung des Homeoffice sogar eine andere Verteilung der Betreuung der Kinder möglich geworden. Ohnehin schon prekäre Arbeitsverhältnisse wie Minijobs führen also in Extremsituationen zu einer grundsätzlichen prekären Situation der betroffenen Personen. Sind nun auch Kinder unter 14 Jahren involviert und fällt die institutionalisierte Betreuung weg, so kann dies zu starken finanziellen Einbußen führen und Personen in die Abhängigkeit von Grundsicherungsleistungen bringen. Es sind also nicht "nur" Frauen, sondern insbesondere einkommensschwache Familien<sup>1</sup> betroffen, die von unsicheren Arbeitsverhältnissen abhängig sind. Doch es sind insbesondere Frauen in diesen Familien mit geringem Einkommen, die dabei die doppelten Verliererinnen sind, da sich hier traditionelle Muster der Arbeitsteilung im Zuge der Pandemie reproduzieren.

-

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Hinzu kommt, dass zahlreiche einkommensschwache Haushalte Alleinerziehendenhaushalte mit einem Frauenanteil von über 90% sind.



### Wir fassen die Ergebnisse der Studien schlussfolgernd zusammen:

- Der gravierende Rückgang von Arbeitsverhältnissen im Bereich der Minijobs im Zuge der Pandemie trifft angesichts der überproportional hohen Erwerbsbeteiligung in diesem Arbeitsmarktsegment wesentlich Frauen.
- Durch arbeitsrechtliche Bedingungen und das Ausbleiben sozialer Absicherung erweist sich die Beteiligung am Arbeitsmarkt in geringfügiger Beschäftigung in der Krise als Situation, die Prekarität verschärft. Sowohl in der aktuellen Krise als auch in der Folge hinsichtlich der weiteren Berufsbiographie und der Altersversorgung.
- Während vermehrtes Homeoffice und fehlende Kinderbetreuungsmöglichkeiten im Zuge verschiedener Einschränkungen im Lockdown bei einkommensstarken Familien die egalitäre Aufteilung der Kinderbetreuung sogar mitunter erleichtern kann, manifestiert sich die bestehende Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern besonders in finanziell stark belasteten Familien.
- Klassen- und Geschlechterverhältnisse überkreuzend zeigt sich eine Verschränkung von Ausschließungen, durch die Frauen aus marginalisierten Verhältnissen als doppelte Verliererinnen in der Pandemie bezeichnet werden können.



#### Quellen:

- Blömer, Maximilian/Peichl, Andreas (2020) Für wen lohnt sich Arbeit? Partizipationsbelastungen im deutschen Steuer-, Abgaben- und Transfersystem (Studie der Bertelsmannstiftung) Gütersloh.
- Bourdieu, Pierre (1998) Prekarität ist überall; in: Ders.: Gegenfeuer. Wortmeldungen im Dienste des Widerstands gegen die neoliberale Invasion, Konstanz, UVK, S. 96-102.
- Bundesagentur für Arbeit (2020): 2.6 Geringfügig entlohnt Beschäftigte.
- Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB) (2020): Arbeitsmarkt: Zahl des Monats. Von 450 auf 600 Euro: Warum die Anhebung der Minijobgrenze eine Katastrophe wäre. Argumente der Arbeitgeber im Faktencheck, online unter: https://www.dgb.de/themen/++co++f7aadb98-225c-11eb-ab34-001a4a160127 [Stand 19.12.2020]
- Die Minijobzentrale (2020): Aktuelle Entwicklungen im Bereich der Minijobs, 3. Quartalsbericht 2020, online unter: https://www.minijobzentrale.de/DE/02\_fuer\_journalisten/02\_berichte\_trendreporte/quartalsberichte\_archiv/2020/3 2020.pdf? blob=publicationFile&v=2[Stand: 19.12.2020].
- Globisch, Claudia/Osiander, Christopher (2020): Sind Frauen die Verliererinnen der Covid-19-Pandemie? IAB-Forum online unter: https://www.iab-forum.de/sind-frauen-die-verliererinnen-der-covid-19-pandemie/ [Stand.19.12.2020].
- Grabka, Markus/Braband, Carsten, Göbler, Konstantin (2020) Beschäftigte in Minijobs sind VerliererInnen der coronabedingten Rezession, in: DIW Wochenbericht, 45.
- Dies. (2020) Der Niedriglohnsektor in Deutschland. Falle oder Sprungbrett für Beschäftigte? (Studie der Bertelsmannstiftung) Gütersloh.
- Hans Böckler Stiftung (2020) Verteilung Corona verstärkt die Ungleichheit, in: Böckler-Impuls, Ausgabe 19, S. 4-5.
- Koch, Angelika (2020): Alt und arm? Armutsrisiken von Frauen im Kontext der Alterssicherung. In: Dackweiler, Regina-Maria/Rau, Alexandra/Schäfer, Reinhild (Hg.): Frauen und Armut Feministische Perspektiven, Opladen u.a.: Barbara Budrich; S. 256-278.
- Kohlrausch, Bettina/ Zucco, Aline/ Hövermann, Andreas (2020) Verteilungsbericht 2020. Die Einkommensungleichheit wird durch die Corona-Krise noch weiter verstärkt (WSI Report Nr. 62)
- Kohlrausch, Bettina/Zucco, Aline (2020): Die Corona-Krise trifft Frauen doppelt. Weniger Erwerbseinkommen und mehr Sorgearbeit, in: · Policy Brief WSI, Nr.40.
- Lessenich, Stephan (2020): Leben machen und sterben lassen: Die Politik mit der Vulnerabilität, in: WSI Mitteilungen, Ausgabe 6, S. 454-461.
- Mauer, Heike (2009) Prekäre Beschäftigung und Arbeitnehmende mit Migrationshintergrund. (Böckler Arbeitspapier 179).
- Notz, Gisela (2020): Erwerbsarbeit (k)ein Königsweg aus der FrauenArmut? In: Dackweiler, Regina-Maria/Rau, Alexandra/Schäfer, Reinhild (Hg.): Frauen und Armut Feministische Perspektiven, Opladen u.a.: Barbara Budrich; S. 398-415.
- Verdi (2020): Minijobs bieten weder Sicherheit noch Perspektive! Geringfügig Beschäftigte in der Corona-Krise besonders stark betroffen, in: sopoaktuell, Neues aus der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik Nr. 303.
- Walwei, Ulrich (2018): Raus aus der Minijob-Falle! Sieben Ansatzpunkte für Reformen, online unter: https://www.iab-forum.de/raus-aus-der-minijob-falle-sieben-ansatzpunkte-fuer-reformen/.